



Protokoll

über die öffentliche Sitzung des Finanz- und Wirtschaftsausschusses der Stadt Weener (Ems) am 14.06.2018, um 17:00 Uhr, im Sitzungssaal des Rathauses, Osterstraße 1, 26826 Weener.

Anwesend:

Vorsitzende/r

Frauke Bock

Bürgermeister

Ludwig Sonnenberg

Mitglieder

Günter Geerdes

Garrelt Janssen

Rainer Junker

Hans-Ludwig Timmer

Hannelore Wloka-Schoon

Broer Wübbena-Mecima

Vertretung für Herrn Rainer Leising

Verwaltung

Hermann Welp

Ingo Großpietsch

Andreas Sinnigen

Julia Krüger

Hinderk Leemhuis

Kerstin Beier

Erster Stadtrat

Fachbereichsleiter

Fachbereichsleiter

stellv. Fachbereichsleiterin

stellv. Fachbereichsleiter

Protokollführerin

Entschuldigt fehlen:

Mitglieder

Lars Klinkenborg

Rainer Leising

Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Finanz- und Wirtschaftsausschusses, die Vertreter der Presse und der Verwaltung sowie den anwesenden Bürger. Sie stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Beschlussfähigkeit sowie die Tagesordnung fest.

TOP 1 Genehmigung des Protokolls vom 07.12.2017

einstimmig beschlossen

Ja 6 Nein 0 Enthaltung 1

TOP 2 Einwohnerfragestunde

Keine Anfragen

TOP 3 Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 56 NKomVG zum Thema "Einsparungen im Haushalt 2018" vom 28.11.2017

Vorlage: AT/2018/2192

Ausschussmitglied Junker erläutert den Antrag. Im vergangenen Jahr habe Kämmerer Großpietsch in Hinblick auf die angespannte Haushaltssituation betont und an die Mitglieder des Rates appelliert, dass Einsparpotentiale künftig zu nutzen seien. Vor diesem Hintergrund sei der vorliegende Antrag im vergangenen Jahr gestellt worden. Ziel der SPD-Fraktion sei es gewesen, den Antrag zu Anfang des Jahres 2018 in einem Finanz- und Wirtschaftsausschuss beraten zu lassen. Offenkundig sei es zu spät, das Thema in der heutigen Sitzung zu behandeln. Der Antrag werde nun dahingehend verändert, dass er sich auf den Haushalt 2019 bezieht, um in der nächsten Finanz- und Wirtschaftsausschusssitzung zum Auftakt der Haushaltsberatungen 2019 zur Beratung gestellt werden zu können. Er erkundigt sich beim Kämmerer, welche konkreten Empfehlungen dieser den Ratsmitgliedern für die künftige Haushaltsplanung gebe.

Bürgermeister Sonnenberg erläutert, dass der Antrag für eine Beratung in der vergangenen Finanz- und Wirtschaftsausschusssitzung im Dezember 2017 zu spät eingereicht worden sei. Anstelle einer Vorstellung der Haushaltsplanung 2018 im Finanz- und Wirtschaftsausschuss Anfang dieses Jahres habe sich die Verwaltung zudem für eine Vorstellung der Daten im Rahmen einer Klausurtagung entschieden. Die Verwaltung habe sich bemüht, einen genehmigungsfähigen Haushalt aufzustellen. Die Aufstellung erfolgte in Absprache mit dem Landkreis Leer. Über 70 Prozent der Ausgaben seien feststehend und nicht beeinflussbar. Freiwillige Leistungen der Stadt seien bewusst nicht gestrichen worden. Künftig werde zum Auftakt der Haushaltsberatungen jedoch wieder eine Finanz- und Wirtschaftsausschusssitzung durchgeführt, um Haushaltssituation und Einsparpotentiale zu behandeln.

Ausschussmitglied Junker betont, dass die Hebesätze letztmalig erst im vergangenen Jahr im Zuge der Aufstellung des Doppelhaushaltes 2016/2017 erhöht wurden, so dass künftig der Fokus auf möglichen Einsparungen liegen sollte. Bürgermeister Sonnenberg weist in diesem Zusammenhang darauf hin, dass hinsichtlich der Höhe der Hebesätze noch nicht der landesweite Durchschnitt erreicht worden sei.

Ausschussmitglied Wloka-Schoon teilt mit, dass die Gruppe der UGFG den Antrag für gut befinde. Grundsätzlich müsse ihrer Ansicht nach der Finanz- und Wirtschaftsausschuss weitaus öfter tagen. Es handele sich um einen der wichtigsten Ausschüsse. Der Ausschuss sollte zu Beginn der Haushaltsberatungen entscheiden, für welche Maßnahmen Gelder ausgegeben und welche Maßnahmen gestrichen werden sollten. Erst hiernach sollte ein Vorschlag der Verwaltung eingebracht werden. Der Finanz- und Wirtschaftsausschuss sollte künftig aktiv gestalten und nicht lediglich einen bereits vorberatenen Haushaltsentwurf beschließen.

Ausschussmitglied Wübbena-Mecima äußert sich zustimmend. Er fordere zudem einen frühzeitigen Beginn der Haushaltsplanung 2019. Er ergänzt, dass hinsichtlich der Anpassung der Hebesätze die Verwaltung seinerzeit eine stärkere Anhebung vorgeschlagen, dies die SPD-Fraktion jedoch abgelehnt habe.

Die Verwaltung wird beauftragt, für die Haushaltsberatungen zum Haushalt 2019 konkrete Vorschläge zu Einsparmöglichkeiten zu erarbeiten und den Fraktionen für die nächste Finanz- und Wirtschaftsausschusssitzung zur Beratung vorzulegen.

einstimmig beschlossen

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0

**TOP 4 Antrag der SPD-Fraktion gemäß § 56 NKomVG zum Thema "Straßenausbaubeiträge/Straßenausbaubeitragsatzung" vom 27.11.2017
Vorlage: AT/2018/2193**

Ausschussmitglied Timmer erläutert den Antrag. In Hinblick auf die notwendige Sanierung von Straßen und Wegen stelle sich die Problematik ein, dass betroffene Anlieger mit der Zahlung hoher Summen auf einen Schlag wiederkehrend überfordert seien. Gerechter sei nach Ansicht der SPD der im Antrag formulierte Vorschlag, von allen Anliegern regelmäßig Beiträge einzufordern. Schließlich würden die Straßen und Wege auch von allen Anwohnern genutzt werden. Die Verwaltung solle hinsichtlich der möglichen Verfahrensweise den Rat von Experten einholen.

Bürgermeister Sonnenberg erläutert, dass die Thematik Straßenausbaubeiträge landesweit Thema sei. Es handele sich um eine wichtige, dabei aber sehr komplexe Materie, die es erforderlich mache, externe Beratung hinzuziehen. Für den 16.08.2018 sei eine Ratssitzung zur Behandlung des Themas vorgesehen. Ein Fachanwalt werde dabei referieren.

Auf Nachfrage des Ausschussmitglied Wloka-Schoon bekräftigt Bürgermeister Sonnenberg, dass eine Umsetzung bis zum Jahr 2019 nicht möglich sei. Zudem sei die Umsetzung mit erheblicher Mehrarbeit und dem Einsatz zusätzlichen Personals verbunden.

Ausschussmitglied Junker teilt im Namen der SPD-Fraktion mit, dass er den Antrag zurückstellen möchte. Nach der Ratssitzung am 16.08.2018 solle dieser erneut eingebracht werden.

Es wird beschlossen, den Antrag zurückzustellen und nach der Ratssitzung am 16.08.2018 zum Thema Straßenausbaubeiträge/Straßenausbaubeitragsatzung in der nächsten Finanz- und Wirtschaftsausschuss erneut zu beraten.

zurückgestellt

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0

**TOP 5 Haushaltsplanung 2018 und Erlass der Haushaltssatzung 2018
Vorlage: BV/2018/2331**

Kämmerer Ingo Großpietsch erläutert die vorliegende Haushaltsplanung 2018.

Grundlage der Planung seien die Empfehlungen der Fachausschüsse.

Der Ergebnishaushalt weist ein Defizit in Höhe von 3.237.300 Euro aus. Ursächlich hierfür sei insbesondere das positive Gewerbesteueraufkommen im Jahr 2017, was zeitversetzt zu einem Anstieg der Aufwendungen der Kreisumlage und einer Reduzierung der Erträge aus der Schlüsselzuweisung des Landes geführt hat. Darüber hinaus sind die Personalaufwendungen deutlich gestiegen. Grund ist u.a. der Tarifabschluss über eine Erhöhung im öffentlichen Dienst. Die erhöhten Aufwendungen sind zudem u.a. auf umfangreiche Sanierungs- und Unterhaltungsarbeiten, etwa im Zusammenhang mit dem Brandschaden in der Grundschule Stapelmoor (siehe außerordentliche Erträge und Aufwendungen) bzw. der Umsetzung von Brandschutzkonzepten in den Grundschulen, zurückzuführen.

Der Kämmerer betont, dass Veränderungen im Gewerbesteueraufkommen vonseiten der Stadt nicht beeinflussbar und kaum planbar seien. Er erläutert die Entwicklung der vorläufigen Jahresergebnisse 2011 bis 2017. Wie in der Übersicht erkennbar, seien jeweils zeitversetzt Defizite durch einen Anstieg der Kreisumlage aufgrund vorherigen höheren Gewerbesteueraufkommens zu verzeichnen.

Im Jahr 2017 sei eine Vielzahl zuvor beschlossener Maßnahmen nicht umgesetzt worden, was in der Konsequenz zu Einsparungen geführt habe. Zum Stichtag 31.12.2017 ergebe sich ein vorläufiger Jahresüberschuss und damit eine Rücklage in Höhe von rund 5,41 Millionen Euro. Der Rückgriff hierauf werde ab nächstem Jahr nicht mehr möglich, die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes folglich unumgänglich sein.

Der Kämmerer stellt sodann Eckpunkte des Finanzhaushaltes 2018 vor. Größte Investitionen seien die Zahlung an den Sanierungsträger für die Stadtsanierung mit 510.000 Euro und die Mehrkosten für die Erschließung der Stichstraße in der Industriestraße (389.000 Euro). Er betont die gute Liquidität der Stadtkasse. Der Höchstbetrag, bis zu dem im Haushaltsjahr 2018 Liquiditätskredite zur rechtzeitigen Leistung von Auszahlungen in Anspruch genommen werden darf, wird auf 3,6 Mio. Euro festgesetzt. Dieser Betrag dient für das Haushaltsjahr 2018 lediglich als Absicherung, um laufenden Zahlungsverpflichtungen nachzukommen. Der Betrag wird sehr wahrscheinlich nicht benötigt werden und ist in der vorliegenden Höhe genehmigungsfrei. Der Schuldenstand betrage aktuell 4.764.558 Euro. Seit dem 31.12.2013 wurde dieser erfreulicherweise um rund 872.000 Euro verringert. Auch das derzeitige Zinsumfeld wirke sich positiv für die Stadt aus.

Als Verpflichtungsermächtigung für eine Auszahlung im Haushaltsjahr 2019 wurde eine Summe über 230.000 Euro für den Ausbau des Breitbandnetzes veranschlagt.

Eine Erhöhung der Hebesätze erfolgte letztmalig erst im Zuge des Beschlusses über den Doppelhaushalt 2016/2017. Eine Erhöhung ist für die Haushaltsplanung 2018 daher nicht vorgesehen.

Ausschussmitglied Wloka-Schoon kritisiert, dass ein „immenser Investitionsstau“ eingetreten sei. In der Folge werde die Stadt mit gestiegenen Baukosten belastet. Ein Investitionsstau widerspreche dem Zweck einer Haushaltsplanung. Hier sei dringender Handlungsbedarf geboten. Sie empfehle die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes ab dem Haushaltsjahr 2019. Dieses werde zu mehr Klarheit führen. Der Abbau des Schuldenstandes sei ihrer Ansicht nach vergleichsweise gering. Gerade in Hinblick auf künftig steigende Zinsen müsse der Schuldenstand drastisch reduziert werden. Hierbei müsse „an allen Stellschrauben gedreht“ und insbesondere Einsparungen vorgenommen werden. Die Bürger dürften nicht mit höheren Hebesätzen belastet werden. Sie kritisiert zudem, dass die Erweiterung der Industriestraße nicht umgesetzt wurde. Nach Abschluss der Maßnahme und der folgenden Ansiedlung von Betrieben hätte die Stadt ein höheres Gewerbesteueraufkommen erzielen können.

Kämmerer Ingo Großpietsch betont, dass es sich nicht um einen Investitions-, sondern vielmehr um einen Umsetzungsstau handele. Bürgermeister Sonnenberg erläutert, dass bestimmte Maßnahmen nicht schneller umsetzbar gewesen seien. Die Anschaffung der Feuerwehrfahrzeuge etwa verzögere sich aufgrund der langen Lieferzeiten. Zum Teil habe sich die Verwaltung auch zu viele Maßnahmen vorgenommen. Hinzu seien personelle Engpässe sowie bürokratische Hindernisse bei der Umsetzung von Maßnahmen gekommen.

Ausschussmitglied Wübbena-Mecima kritisiert, dass die Beteiligung am Windpark nicht zustande gekommen ist. Zudem lehne er die Beschlussempfehlung des Jugend- und Sozialausschusses ab, dem Kindergarten Stapelmoor zusätzlich 4.000 Euro für Ausstattungszwecke zukommen zu lassen. Es sei sinnvoller, zunächst eine Bedarfsübersicht aufzustellen und alle Kindertagesstätten gleichermaßen und in gleicher Weise auszustatten. Darüber hinaus erkundigt er sich, unter welcher Position Gelder für die Planung eines Kreisverkehrsplatzes mit Einbindung der Industriestraße eingestellt seien.

Die Verwaltung teilt hierzu mit, dass für den Anstoß des Projektes in Form vorbereitender Schritte Gelder im allgemeinen Budget vorhanden seien.

Ausschussmitglied Junker teilt mit, dass die zusätzliche Unterstützung für den Kindergarten Stapelmoor in Höhe von 4.000 Euro dringlich und als Sofortmaßnahme erforderlich gewesen sei. Hinsichtlich des bisherigen Umsetzungsstaus lasse die Tatsache, dass für 2018 nur wenige Maßnahmen eingeplant seien, eine plangemäße Umsetzung erhoffen. Zudem erinnert er an eine Anfrage an die Verwaltung aus dem vergangenen Jahr, Kennzahlen mehrerer Kommunen ähnlicher Größenordnung zusammenzutragen, um durch Vergleich zu neuen Ergebnissen bzw. Orientierungswerten zu kommen. Darüber hinaus erkundigt er sich, ob die Stadt hinsichtlich der Gewerbesteuereinnahmen von einzelnen Gewerbebetrieben abhängig sei und entsprechend durch einen Einbruch bei einem Wirtschaftsunternehmen der Haushalt in Schieflage geriete.

Bürgermeister Sonnenberg teilt mit, dass durch Umstrukturierungen auf internationaler Ebene stets die Gefahr eines Einbruchs von Gewerbesteuereinnahmen gegeben ist. Gleichwohl sei die Stadt nicht von einem einzelnen Betrieb abhängig, wie dies teils in anderen Kommunen der Fall ist. Dem Ausschuss werde eine Übersicht bereitgestellt, die in anonymisierter Form Auskunft über die Gewerbesteueraufkommen der zehn größten Firmen im Haushaltsjahr 2018 gibt.

Die Verwaltung erläutert des Weiteren, dass sie hinsichtlich der Anfrage nach vergleichenden Kennzahlen aus Kommunen ähnlicher Größenordnung mit dem Niedersächsischen Städtetag sowie der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) Kontakt aufgenommen habe. Ergebnis war, dass eine Aufstellung vergleichender Werte nicht möglich ist. Ausschlaggebend für eine Einschätzung sei jeweils die individuelle Strukturierung einer Kommune. Besonderheiten in Weener seien unter anderem der Betrieb von fünf Kindertagesstätten in städtischer Trägerschaft sowie der Betrieb zweier Jugendzentren und des Friesenbades. Hierdurch entstünden zusätzliche (Personal-)Kosten, die in anderen Kommunen gleicher Größenordnung, die ein solches Angebot nicht vorhalten, nicht zu Buche schlagen. Es sei daher schwierig, durch Vergleich mit anderen Kommunen zu bestimmen, ob in der eigenen Kommune etwa der Anteil der Personalkosten am Gesamthaushaltsbudget zu hoch sei. Diesbezüglich werde jedoch auch die Organisationsüberprüfung des Bauhofes bzw. des Rathauses Aufschluss geben. Auf Nachfrage teilt die Verwaltung mit, dass die Auftragsvergabe für die Überprüfung des Rathauses nach der Sommerpause erfolgt.

Ausschussmitglied Wloka-Schoon teilt mit, dass sie die Investitionszahlung an den Sanierungsträger BauBeCon über 510.000 Euro für die Stadtsanierung ablehnt.

Ausschussmitglied Wübbena-Mecima erkundigt sich, aus welchem Grund für das Lehrschwimmbecken lediglich 1.000 Euro eingeplant seien. Die Verwaltung teilt mit, dass aus verschiedenen Gründen eine Inbetriebnahme des Beckens in diesem Jahr nicht mehr möglich sein werde. Die Ausschussmitglieder Wloka-Schoon und Wübbena-Mecima regen in Hinblick auf die künftige Nutzung des Lehrschwimmbeckens die Einbindung der Eltern an.

Bürgermeister Sonnenberg betont, dass im Zuge der Haushaltsberatungen 2019 eine Entscheidung über die Zukunft des Beckens getroffen werden müsse.

Es wird die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2018 beschlossen.

einstimmig beschlossen

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0

Es wird der Ergebnishaushalt 2018 beschlossen.

einstimmig beschlossen

Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0

Es wird der Finanzhaushalt 2018 beschlossen.

einstimmig beschlossen	Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0
------------------------	--------------------------

Es wird die Investitionsplanung für den Haushalt 2018 beschlossen.

einstimmig beschlossen	Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0
------------------------	--------------------------

Es werden die Verpflichtungsermächtigungen für das Haushaltsjahr 2018 beschlossen.

einstimmig beschlossen	Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0
------------------------	--------------------------

Es wird der Stellenplan 2018 beschlossen.

einstimmig beschlossen	Ja 7 Nein 0 Enthaltung 0
------------------------	--------------------------

Beschlussfassung in Unterpunkten

TOP 6 Mitteilungen der Verwaltung

- 6.1 Bürgermeister Sonnenberg unterrichtet den Finanz- und Wirtschaftsausschuss, dass der geförderte Breitbandausbau innerhalb der Stadt Weener (Ems) gestartet ist. In den Losen WEE 1, WEE2 und WEE 7 (St.-Georgiwold, Weenermoor und Stapelmoorerheide) erfolgt der Ausbau in den kommenden Wochen.
Die geplanten Bauzeiten sind laut Mitteilung der EWE für WEE 1 Beginn 24 KW bis zur 34. KW, WEE 2 Beginn 35 KW bis zur 10. KW in 2019 und WEE 7 ab der 24 KW bis zur 39. KW.
Am 05.06.2018 fand im Heimatmuseum Rheiderland eine gemeinsame Infoveranstaltung der Stadt Weener (Ems), des Landkreises Leer und der EWE Leer statt.
Zu dieser Veranstaltung waren über 260 Grundstückseigentümer eingeladen, die innerhalb des Ausbaubereiches ein bebautes Grundstück besitzen. An dieser Veranstaltung teilgenommen haben etwa 80 Personen.
Hauseigentümer in den Ausbaubereichen können **auf Antrag** ihr Haus mit kostenloser Glasfasertechnologie ausstatten lassen. Wichtig ist die Antragstellung vor Beginn der Ausbaumaßnahmen. Der Antrag ist an die EWE zu richten.
Für Personen, die am Tag der Infoveranstaltung verhindert waren, besteht die Möglichkeit entsprechende Informationen als auch den Antragsvordruck nachträglich über die Stadt Weener oder die EWE zu beziehen.

--

TOP 7 Anfragen und Anregungen

- 7.1 Ausschussmitglied Wübbena-Mecima äußert seinen Dank über die Beseitigung von Asphaltwellen auf dem Middelweg. Er erkundigt sich nach den entstandenen Kosten.
Antwort der Verwaltung: Die Kosten für den Middelweg belaufen sich auf 980 € brutto.

TOP 8 Einwohnerfragestunde

Keine Anfragen

Ende der Sitzung: 18:15 Uhr

Frauke Bock
Vorsitzender

Ludwig Sonnenberg
Bürgermeister

Ingo Großpietsch
Abteilungsleiter

Kerstin Beier
Protokollführerin